



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Desine sibilare!

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Desine sibilare!



er Schnee wirbelt in dichten Flocken, alles ist grau in grau gefärbt, ganz Berlin ist wie in ein großes Leichentuch gehüllt. Eine Naturszenerie, trefflich zu dem Werke passend, welches der Reichstag zu vollbringen im Begriff steht: mit neuen Zöllen ein Hungertuch zu weben für das ganze deutsche Volk.

Diese Stilblüte ungefähr schrieb der Reichstagsabgeordnete für den gesegneten Taubergrund, Herr Karl Mayer, Mitte Februar nieder, als das Parlament vor der Beratung der Getreidezölle stand. In wissenden Kreisen munkelt man, daß solche gefühlvolle Ergüsse dem betreffenden Herrn in der Regel zu kommen pflegen, wenn er gut gefrühstückt hat und nach dem Geseß der Ideenassoziation derer gedenkt, die etwas weniger behaglich am Tische des Lebens sitzen, als dies unsern Reichsboten beschieden zu sein pflegt. Man nimmt diese Ergüsse denn auch nirgends anders auf denn als Erzeugnisse der Stunde und besonders menschenfreundlicher Stimmungsanwandlungen. Ernst genommen werden sie nur im „Beobachter“, welcher demnächst den sechzigsten Reichstagsbrief aus der Feder Herrn Mayers bringen wird und an ähnliche Dinge bereits vollauf gewöhnt ist.

Diesmal aber ereignete sich das Ungewöhnliche und Unglaubliche: der „Beobachter“ druckte zwar den fraglichen Passus ab, begleitete ihn jedoch mit ironischem Lächeln, was jeglichem Respekt und jeglicher Pietät vor seinem frühern Redakteur gänzlich zuwider war. Der leitende Mann des Blattes, Herr Rechtsanwalt Eugen Stockmayer in Stuttgart, erklärte nämlich ein paar Tage nachher trocken in einem Zeitartikel, daß solche Ansichten von der Wirkung der Getreidezölle übertrieben seien; daß diese Wirkungen wahrscheinlich hinter den Befürchtungen ebenso zurückbleiben würden wie hinter den Hoffnungen, die man an sie knüpfe; daß aber auf alle Fälle soviel unzweifelhaft sei, daß die Getreidezölle eine große Rolle bei den Wahlen gespielt hätten, daß die Mehrheit des Volkes sie wolle, und daß es folglich derjenigen Partei, welche immer von der Mehrheit die Entscheidung erwarte und das Recht dieser Mehrheit grundsätzlich hochhalte, nämlich der Volkspartei, am allerschlechtesten anstehe, dann gegen die Mehrheit rebellisch zu werden, wenn sie einmal gegen das demokratische Programm entscheide.

Gewiß waren das mannhafteste und wahre Worte, ebenso mannhaft und wahr wie jene, mit denen Stockmayer nach der Wahl vom 28. Oktober 1884,  
Grenzboten II. 1885.

wo die Demokratie nur zwei sichere Mandate und drei Stichwahlen zu verzeichnen hatte, seiner Partei zurief: das württembergische Volk habe Kaiser und Reich fest in sein Herz geschlossen; es sei auch durch den bloßen Schein, als ob nationale Fragen nicht national behandelt würden, leicht kopfscheu zu machen, und die Demokratie sei besiegt worden, weil sie diesen Schein nicht immer vermieden habe.

Man kann sich nun denken, wie der Brieffsteller in Berlin aussah, als ihm in dieser Weise der Text gelesen wurde. Herr Mayer sandte sofort eine geharnischte Erklärung an den „Beobachter“, daß er nicht übel Lust habe, das Geschäft einzustellen und als Reichstagsberichterstatte in optima forma zu streifen; er thue dies aber nicht, weil er die Briefe nicht zum eignen Vergnügen, sondern zur Belehrung der Partei verfasse, und behalte sich weitere Schritte zur Erlangung von Satisfaktion vor. Darauf wahrte sich Stockmayer sein Recht, als Mitglied der Redaktion seine Meinung jederzeit zu sagen, und stellte in Aussicht, daß er vor dem zuständigen Gerichtshofe, dem Landesausschuß der Partei, sich verteidigen werde. Gleich darauf aber folgte von ihm die weitere Erklärung, daß er der Ansicht des Preßkomitees gemäß mit dem 28. Februar seine Mitarbeiterschaft am „Beobachter“ eingestellt habe. Ob er nach solchen Vorgängen noch im Landesausschuß bleiben könne, darüber werde er sich erst noch entscheiden.

Diese offiziellen Äußerungen machen die Sache sehr klar. Stockmayer war der Mehrheit der Partei schon längst lästig geworden. Er war zu ehrlich, um in usum fractionis jemals aus Schwarz Weiß zu machen. Er war konsequenter Demokrat, aber ebenso konsequenter Patriot. Das Vaterland lag, mit Laube zu reden, nicht außerhalb seines Gesichtskreises. Wenn er versicherte, daß er Bismarck nicht der Opposition wegen opponire, so war dies ohne Frage bei ihm gänzlich der Wahrheit gemäß. Damit stimmte es, daß die Leitartikel Stockmayers sachlich gehalten waren — manche waren inhaltlich geradezu vortrefflich —, und daß er die Deutsche Partei in nobler und loyaler Art bekämpfte, auch mit ihr die Diskussion offen erhielt, bereit zu überzeugen und sich eventuell überzeugen zu lassen. Das persönliche Gift, mit dem sonst das Blatt reichlich gearbeitet hatte, war aus dem Teil, den Stockmayer bearbeitete, fogut wie ausgeschlossen. Alles das war aber den Heißspornen seiner Partei nicht nach dem Sinn; schon sein offener Hinweis darauf, daß man nichts beim Volk erreiche, wenn man nicht peinlich selbst den antinationalen Schein vermeide, wurde übel vermerkt, und nun erlaubte sich der unbotmäßige Denker auch noch offene Kritik an den Sätzen des als Parteiheligen verehrten Herrn Mayer! Man konnte den 1. Juli nicht abwarten, auf welchen Tag Stockmayer schon auf der jährlichen Landesversammlung der Partei, am 6. Januar, seine Stellung am „Beobachter“ gekündigt hatte; man mochte auch den Spruch des Landesausschusses nicht erwarten, sondern brachte dem See sofort das Opfer, das er heischte. Da Stockmayer sich zum laudabiliter se subiecit nicht bewegen ließ, so wurde er einfach vor die Thür gesetzt, und die Sache war zur Zufriedenheit Mayers und der Mehrheit der Partei erledigt.

Ob sie aber damit auch ganz erledigt ist? Im Reichstage stimmten von den sieben Volksparteilern zwei, Grohe von Kaiserslautern und Härle von Heilbronn, wenigstens für den Weizenzoll von drei Mark pro Zentner: sie haben also mit gewoben an dem „Hungertuche fürs deutsche Volk“; sie haben mit der That sich versündigt, während Stockmayer dies bloß mit Worten und Ge-

danken that. Man sollte also denken, daß auch sie denselben Weg gehen müßten, auf den man letztern befördert hat. Dies würde wohl auch geschehen, wenn die Demokratie zahlreicher im Reichstage vertreten wäre und sich den Luxus solcher Aechterklärungen gestatten könnte. Aber zwei von sieben auszuschließen, ist eine fatale Sache; am Ende könnte das Sprichwort von den zwei Löwen wahr werden, die selband spazieren gingen „und haben da von Wut entbrannt einander aufgezehren,“ bis auf die Schwänze bekanntlich. An der Lust zum politischen Autodase fehlt es den Radikalen nie, sie steckt ihnen sogar im Blute; aber das Material geht ihnen leicht aus, wenn es aus den eignen dünnen Reihen genommen werden soll. Wahrscheinlicher ist also, daß die Mehrheit der Partei ein Einsenken haben und die Vertreter vom Neckar und Rhein begnadigen wird. Man hat ohnehin am 28. Oktober Frankfurt und Hall, Ulm und Cannstatt verloren; man wird sich nicht weiter selbst noch zehnten und wird versuchen mit einander weiter zu haufen. Aller Welt aber ist jetzt offenkundig, daß auch in der Brust der süddeutschen Demokratie zwei Seelen wohnen. Den „Beobachter“ und die „Frankfurter Zeitung“ wird das natürlich nicht abhalten, sich über die Geteiltheit der Nationalliberalen und Deutschfreisinnigen lustig zu machen; im Gegenteile, sie werden sich dieses Vergnügen erst recht erlauben, um die Aufmerksamkeit von der eignen Wunde abzulenken. Sie tragen den Balken im eignen Auge; umso lebhafter werden sie über die Brüder zu Gerichte sitzen, die den Splitter im Auge haben.

Ob aber auch die Minderheit, welche so direkt vor den Kopf gestoßen ist, sich beruhigt in ihr Schicksal ergeben wird? Man könnte daran zweifeln; es erschiene denkbar, daß sie die Ohrfeige nicht ergebnst einsteckt, sondern sich rührt und an eine offizielle Parteiverammlung appellirt — wahrscheinlich ist es nicht. Das Gefühl der Schwäche, von dem die Mehrheit beherrscht wird, wohnt naturgemäß auch der Minderheit bei. Sie wird sich sagen, daß sie am Ende ebenso wenig auf eignen Beinen stehen kann wie die Mehrheit, und so wird man sich weiter mit einander behelfen, bis ein neuer Stoß das wankende Gebäude vollends auseinanderwirft.

Allerdings fehlt es nicht an Stimmen, welche an die besprochenen Vorgänge andre Hoffnungen knüpfen. Wie von der Stuttgarter Stichwahl vom 10. Juli 1884 her bekannt ist, existirt in der Deutschen Partei wenigstens in Stuttgart ein „linker Flügel,“ der streng national, aber auch streng liberal sein will und es satt ist, „sich mit den Konservativen Stuttgarts in ihre Niederlagen zu teilen.“ An der „Württembergischen Landeszeitung“ hat dieser Flügel sein Organ, das seinen liberalen Beruf namentlich durch sehr unnötige Reibereien am „Schwäbischen Merkur“ in einer Weise bethätigt, der die Lust zur Sezession nach links deutlich anzumerken ist. Die „Landeszeitung“ deutete bereits offen an, daß eine Verschmelzung der Liberalen ihrer Farbe und der Stockmayerischen Demokraten möglich sei, und daß damit eine neue Parteilage sich ergeben könnte. Von positiven Schritten in dieser Richtung verlautet aber noch nichts; auf alle Fälle würde eine solche Vereinigung nur für die Hauptstadt Bedeutung haben, da auf dem Lande die Konservativen fast alle der freikonservativen Fahne folgen und selbst die „Landeszeitung“ diese nicht als Bundesgenossen verwirft. Sicher aber wird durch die Spaltung innerhalb der Demokratie die Kraft derselben noch mehr gelähmt und schon damit der Deutschen Partei Förderung zuteil werden. Die in den Winkel geschobene Minderheit der Volkspartei begreift gerade die intelligentesten und persönlich anziehendsten Elemente der Partei

in sich; sie wird den Verlust dieser Mitarbeiter nicht leicht verwinden, und doch wird sie auf dieselben, nachdem sie ihnen selbst den Mund verschlossen, nicht mehr rechnen können und dürfen.

Was die Deutsche Partei angeht, so hat sie im Verein mit den Konservativen und frühern Großdeutschen die Bismarckspende fast in allen Oberämtern organisiert und ist überall freudiger Teilnahme begegnet; die Listen weisen auf, daß selbst Männer, die seit 1881 bei den Wahlen für die Opposition gewirkt haben, sich freudig und mit namhaften Beiträgen an einer Huldigung beteiligt haben, welche in erster Linie dem Schöpfer der deutschen Einheit gilt. Für Württemberg wird man zuverlässig nicht sagen können, daß die Bismarckspende Parteisache geblieben sei; den Aufruf haben u. a. der demokratische Landtagsabgeordnete für Ulm, Rechtsanwalt Ebner, und der frühere Genosse der „süddeutschen Fraktion“ des Zollparlaments, Kommerzienrat Reibel von Heilbronn, unterschrieben. Umso eher hätte man auch wünschen mögen, daß Herrn Payer, als er am 4. März im Reichstage die Empfindungen der nationalen Schwaben verhöhnzte, noch schärfer gedient worden wäre, als dies geschehen ist. Ob sonstwo die „Entrüstungsbewegung“ nach der Verweigerung des Direktorpостens am 15. Dezember „gemacht“ war, wissen wir nicht; bei uns war sie jedenfalls urwüchsig, wie seit 1870 keine Bewegung: darin hatte Freiherr von Wöllwarth vollkommen Recht. Wenn in der Versammlung im Stuttgarter Bürgermuseum vom 22. Dezember die Dhorufer entfernt wurden, so geschah ihnen bloß nach Hausrecht; denn Leute, die für den Beschluß vom 15. Dezember waren, sind ausdrücklich nicht geladen gewesen. Bekamen ein paar von ihnen Büsse, so war dies nicht höflich, spricht aber für alles eher, als für eine „künstlich gemachte“ Erregung. Das sieht ein so kühler Logiker wie Payer natürlich recht wohl ein; gestehen aber darf ers nicht.

Endlich sei ihm zum Schluß die Anerkennung des Faktes nicht versagt, mit welchem er, dessen Wahl durch Freibier zustande kam und höchst wahrscheinlich kassirt werden muß, sich berufen fühlte, die Gegner über öffentlichen Anstand zu belehren. Das stand ohne Zweifel niemand so zu, als gerade ihm. Für die Verdrehung, womit er den Hauptredner im Bürgermuseum, Professor Dr. Weil vom Stuttgarter Realgymnasium, lächerlich zu machen suchte, hat sich dieser im „Merkur“ vom 15. März in geradezu klassischer Weise gerächt. Nicht als ein Mann, der den politischen Dingen fern stehe, hat sich Weil damals eingeführt, sondern als einer, der dem politischen Parteileben — und seinen verwirrenden Einflüssen — sich ferngehalten hat, und daraus hatte er mit allem Grund sein Recht hergeleitet, zu einer Sache unbefangen zu reden, welche gerade durch politischen Parteihaß entstellt worden war. Payer selbst mußte den Unterschied zwischen seiner Verdrehung und Weils wirklichen Worten entdeckt haben; trotzdem war ihm auch dieses Mittel nicht zu ordinär, es zu brauchen. Da gilt wahrlich, was die Germanen dem römischen Advokaten zuriefen: Desine sibilare!

